

**Rede von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich des
Dreikönigsempfangs des Katholikenausschusses am 11. Januar
2016, 19:30 Uhr, Maternushaus, Kardinal-Frings-Straße 1-3**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Stadtdechant Monsignore Kleine,
sehr geehrte Frau Bartscherer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein. Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen Glück,
Gesundheit und Gottes Segen.

Meine Damen und Herren,
Köln ist eine Stadt mit großen Stärken im Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft,
ein aufregender und abwechslungsreicher Kulturstandort, eine Medien- und
Sportstadt – doch vor allem ist Köln eine Stadt mit einem einzigartigen Lebensgefühl.

Unsere Stadt ist trotz des demografischen Wandels eine wachsende Stadt, sie zieht
vor allem junge Menschen aus ganz Deutschland und weit darüber hinaus an.
Inzwischen leben in Köln Menschen aus mehr als 180 Nationen. Sie alle bereichern
das Leben in unserer Stadt und geben Köln eine Internationalität, auf die wir zu
Recht stolz sein können. Unsere Stadt ist aber auch von sozialen Gegensätzen
geprägt. Die soziale Balance zu wahren, ist eine herausfordernde, auch auf die
Zukunft gerichtete Aufgabe, die als Oberbürgermeisterin dieser Stadt auch zu
meinen Aufgaben gehört.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist in diesem Zusammenhang die Schaffung von
bezahlbarem Wohnraum. Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen
und geförderten Wohnungsbau – häufig ohne ausreichende Infrastruktur – an den
Stadttrand verdrängen. Chorweiler und Finkenbergring sind hierfür zwei Beispiele, aus
denen wir zu lernen haben.

Geförderter und frei finanzierter Wohnungsbau müssen neben- und miteinander bestehen können. Die Stadt Köln hat Instrumente entwickelt, um diese soziale Mischung zu fördern und zu erhalten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zum einen das kooperative Baulandmodell nennen. Im Dezember 2013 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, dass bei mehr als 25 Wohneinheiten mindestens 30 Prozent der Geschossfläche öffentlich gefördert zu errichten sind.

Das kooperative Baulandmodell ist demnach ein wichtiger Baustein, um die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums in Köln zu fördern. Und es ist zeitgleich ein wesentliches Instrument, um qualitativ anspruchsvolle Stadtplanung in unserer Stadt umzusetzen.

Als weiteres Instrument möchte ich zum anderen die soziale Erhaltungssatzung nennen. Sie soll verhindern, dass angestammte Bewohnerinnen und Bewohnern – besonders sozial Schwache und Rentnerinnen und Rentner – durch steigende Mieten infolge überzogener Modernisierungen aus ihren Vierteln verdrängt werden. Die Politik gab im Februar 2014 der Stadt Köln den Auftrag, soziale Erhaltungssatzungen vermehrt einzusetzen. Die Verwaltung hat Ende letzten Jahres eine erste Untersuchung durchgeführt. Das Severinsviertel und Teile von Mülheim sind demnach von der Gentrifizierung möglicherweise besonders betroffen.

Mein Ziel ist es: Jeder, der in Köln arbeitet, muss sich Köln auch leisten können – und zwar nicht nur am Stadtrand!

Soziale Balance setzt aber auch eine Teilhabe an Bildung voraus. Allen Kölner Kindern und Jugendlichen muss sie gleichermaßen zugänglich sein, das gilt auch für kulturelle und politische Bildung.

Jedes Kind hat ein Recht auf einen Kitaplatz. Ich möchte aus diesem Grunde ausreichende und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote sicherstellen.

Wir bieten bereits jetzt über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus Betreuungsplätze an, und ich möchte diese weiter ausbauen, um den Bedarf der Familien zu decken.

Zudem ist es mir ein wichtiges Anliegen, die Gesamtschulen zu stärken und Ganztagsangebote auszubauen. So kann die Betreuung sichergestellt und damit auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden. Und wie ich schon in meiner Antrittsrede vor dem Rat der Stadt Köln sagte: Unsere Zukunft geht durch die Türen der Bildungseinrichtungen unserer Stadt. Und deswegen müssen diese auch so aussehen. Ihr baulicher Zustand muss also dringend verbessert werden.

Köln ist eine junge Stadt, aber auch eine Stadt der Vielfalt. Die unterschiedlichsten Gruppen haben in unserer Stadtgesellschaft einen festen Platz, und mir ist es wichtig, dass diese sich in ihren Bedürfnissen und Wünschen wahrgenommen und auch ernstgenommen fühlen. Ob jung oder alt, Männer oder Frauen, Familien oder Kinderlose, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung – sie alle sind Köln. Und sie alle müssen die gleiche Wertschätzung erfahren.

Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wird durch Vorurteile, Intoleranz, und Respektlosigkeit immer wieder gefährdet – vor allem auch durch kriminelle Angriffe auf unsere Gesellschaftsordnung und menschenverachtende Straftaten, wie sie in Köln in der Silvesternacht geschehen sind. Es scheint so zu sein, dass hierfür vor allem Männer nordafrikanischer und arabischer Abstammung verantwortlich sind und sich hierzu verabredet haben.

Uns als Beobachter drängt sich der Eindruck auf, die Polizei sei auf dieses kriminelle Vorgehen nicht vorbereitet gewesen. Und obwohl ich davon ausgehen, dass die Polizisten vor Ort ihr Allerbestes taten, um der Lage Herr zu werden, waren sie zu wenige, um insbesondere Frauen vor Eigentumsdelikten und Sexualstraftaten zu schützen. Es ist schon schwierig über die Lippen zu bringen, aber ein Spießrutenlaufen von Frauen war für die meisten von uns nicht vorstellbar.

Gerade vor dem Hintergrund dieses scheußlichen Geschehens müssen die bestehenden Gesetze schnell angewendet werden, und eine schnelle Verurteilung muss die Folge sein. Die gesetzlichen Grundlagen für die Rückführung in die Herkunftsländer müssen überdacht, gegebenenfalls verschärft und konsequent angewendet werden. Und die Polizei muss uns alle zukünftig vor solchen schrecklichen Vorfällen schützen, nicht nur an Silvester oder Karneval.

Trotzdem wäre es fatal, wenn wir glauben, dass von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen eine Gefahr für unsere Gesellschaft ausgeht. Die Allermeisten sind aus einer Gefahrensituation geflohen. Die Gewalt gegen Geflüchtete selbst und ihre Unterkünfte ist genauso aufs Äußerste zu verurteilen. Ich bin erschüttert, dass gewaltbereite Rechtsradikale die Geschehnisse ausnutzen für Angriffe auf Ausländer. Das dürfen wir nicht zulassen!

Dies und die schlimmen Verbrechen an Silvester führen uns vor Augen, dass das friedliche und tolerante Zusammenleben aller Gruppen keine Selbstverständlichkeit ist. Es ist vielmehr das Ergebnis einer koordinierten Integrationsarbeit – zu leisten von staatlichen Institutionen, freien Trägern, Vereinen, Privatpersonen. Das gilt auch für die Herausforderung, die große Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Mitte aufzunehmen.

Das Konzept des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für die Integrationskurse sieht dabei neben Sprachkursen auch Orientierungskurse vor, in denen kulturelle und gesellschaftliche Themen und Werte vermittelt werden. Vor allem eine Asylberechtigung und positive Bleibeperspektive für Geflüchtete aus den Ländern Syrien, Iran, Irak und Eritrea sind allerdings Voraussetzung für die Teilnahme an diesen Kursen, so dass der Zeitraum zwischen Aufnahme des Geflüchteten und Kursbeginn lang sein kann. Auch stehen die Orientierungskurse erst an zweiter Stelle, der Spracherwerb wird als vorrangig angesehen. Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Kurse parallel stattfinden. Und dass deutsche Integrationshelferinnen und -helfer mit etwa einer syrischen, arabischen oder afghanischen Herkunftsgeschichte und Sprachkenntnissen hierfür eingesetzt werden.

Ich bin stolz darauf und kann mich nicht genug dafür bedanken, dass in Köln die Zahl derjenigen täglich wächst, die sich in ihren Veedeln, Vereinen oder Kirchengemeinden zu Willkommensinitiativen zusammenschließen.

Das ist gut so! Wir brauchen dieses Engagement!

Die Unterbringung von Geflüchteten ist eine gesetzliche Aufgabe, und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kann keine freiwillige Leistung einer Kommune bleiben, die in schwierigen Haushaltssituationen zur Disposition steht.

Um der Bedeutung von Integration noch mal Ausdruck zu verleihen, habe ich bereits vor meiner Wahl angekündigt, dass ich das Thema „Flüchtlingsbeauftragter beziehungsweise -beauftragte und Integration“ direkt bei mir als Oberbürgermeisterin ansiedeln werde. Ich werde kurzfristig einen Flüchtlingsbeauftragten bei mir einsetzen und die Integrationsaufgaben organisatorisch stärken.

Meine Damen und Herren,
ich bin mir sicher, dass auch Sie an der Lösung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe mitwirken. Hierfür möchte ich Ihnen herzlich danken. Und ich möchte Sie hierzu ermutigen: Denn nur gemeinsam können wir die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

Ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit mit Ihnen!